

Motion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die „2000-Watt-Gesellschaft“ zum (mittelfristigen) Ziel

Die Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf ist ein breit abgestütztes Ziel. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort zum Postulat „Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“¹ vom 16. September 2009 schreibt, ist die Realisierung der 4000-Watt-Gesellschaft für Bern bis zum Jahr 2035 realistisch, wofür rund ein Drittel des heutigen Energieverbrauchs eingespart werden müsste. Auch die Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft ist aufgrund verschiedener Studien technologisch machbar, sofern die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Für den Gemeinderat handelt es sich dabei um eine „mittelfristige Vision“ mit einem Zeitraum von 50 bis 100 Jahren. Der Gemeinderat erachtet die 2000-Watt-Gesellschaft nur für realisierbar, wenn eine internationale, nationale und interkommunale Zusammenarbeit erfolgt. In die gleiche Richtung gehen auch andere Städte wie Zürich, Basel, Genf und auch diverse Kantone wie z.B. Bern oder Freiburg.

Die Stadt Bern hat im Bereich Energie bereits einige Innovationen und auch eine Vorreiterrolle aufzuweisen (erste grosse Energiestadt der Deutschschweiz, Atomausstieg als erklärtes Ziel auf das Jahr 2039, Realisierung eines Energierichtplans, Aktion 100 Solardächer, Klimaplattform mit der Wirtschaft, Gebäudesanierungsprogramm etc.). Aufgrund all dieser Aktivitäten hat die Stadt Bern das Potential sich weiterhin als Pionierstadt im Bereich Klima und Energieeffizienz zu positionieren. Aus diesem Grund (und in Anerkennung der bereits geleisteten oder eingeleiteten Massnahmen und Projekten) erscheint es sinnvoll, dass sich die Stadt für die mittel- und langfristige Zukunft ambitionierte Ziele setzt. Dafür soll die Verringerung des Energieverbrauchs in der Gemeindeordnung als Zielvorhaben verankert und die dafür notwendigen Mittel für die Realisierung geschaffen werden. Dabei sind insbesondere auch der Nutzen und die Potentiale für die Stärkung der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Region Bern einzubeziehen. Die Wichtigkeit das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung zu verankern, zeigt auch die Studie des Büros INFRAS auf, welche in einer Potentialanalyse für die Region Bern rund 300 neue Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz für realistisch hält.²

1. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Änderung der Gemeindeordnung in dem Sinne vorsieht, damit die Verringerung des Energieverbrauchs im Sinne der „2000-Watt-Gesellschaft“ als Ziel in der GO verankert wird.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die konkrete Umsetzbarkeit dieses Ziels und die notwendigen politischen Entscheide dafür aufzeigt. Für notwendige Entscheide im Kompetenzbereich von Stadtrat und Stimmbewölkerung sind die notwendigen Beschlüsse zu unterbreiten.

¹ Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1) auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft; <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.7878180428/file>

² Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB) vom 6.9.2007: Klimafreundliche Stadt Bern (3): Energieeffizienz schafft Beschäftigung und Arbeitsplätze: Potentialanalyse für Bern (07.000312) <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.6939989221/file>

3. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Kreditvorlage für die Schaffung der notwendigen personellen Ressourcen für die mittelfristige Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft vorzulegen. Neben der fachlichen Ebene soll auch die Kommunikation und Sensibilisierung für die Idee in der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt für die Konzeption und Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft eine enge Zusammenarbeit mit anderen Städten (z.B. über den Schweizerischen Städteverband), wenn nötig auch international und mit interessierten Gemeinden von Region oder Kanton Bern zu suchen und dabei Synergien zu nutzen.

Bern, 15. Oktober 2009

Motion Fraktion GB/JA! (Nathalie Imboden/Urs Frieden, GB), Aline Trede, Hasim Sancar, Cristina Anliker-Mansour, Christine Michel, Emine Sariaslan, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher

Antwort des Gemeinderats

Die Motion fordert die mittelfristige Umsetzung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft für die Gemeinde Bern. Es ist nicht der erste parlamentarische Vorstoss, welcher dieses Ziel anvisiert. So wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 16. September 2009 der Prüfungsbericht auf das Postulat der Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1): Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft an den Stadtrat weitergeleitet. Im Rahmen dieses Prüfungsberichts wurde ausführlich auf die Möglichkeiten und die Umsetzbarkeit der 2000-Watt-Gesellschaft eingegangen. Dabei wurde, gestützt auf verschiedene Berichte (insbesondere die durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und das Bundesamt für Energie (BFE)³ im Jahr 2007 veröffentlichten Energieperspektiven) darauf hingewiesen, dass die Realisierbarkeit grosse energiepolitische, technische, ökonomische und soziale Veränderungen und Anpassungen voraussetzt. Es wurde im Weiteren auch ausgeführt, dass die Gemeinde als Systemgrenze weder über die rechtlichen, noch die ökonomischen oder politischen Lenkungs- und Steuerungsmöglichkeiten verfügt, um das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft allein zu realisieren. Am Beispiel Zürich kann exemplarisch aufgezeigt werden, welche Konsequenzen zu erwarten wären, würde die 2000-Watt-Gesellschaft als Ziel in der Gemeindeordnung festgeschrieben.

Beispiel Zürich

Der derzeitige Energieverbrauch der Zürcher Bevölkerung liegt auf gleichem Niveau wie in Bern, also bei etwa 6000 Watt kontinuierliche Leistung und der CO₂-Ausstoss bei etwa 6 Tonnen pro Person und Jahr. Diese Werte sind zu hoch und tragen zum Klimawandel mit allen bereits heute spürbaren negativen Folgen sowie der beschleunigten Ressourcenverknappung bei. Der Stadtrat von Zürich nahm das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft in die Legislaturziele 2006 bis 2010 auf und setzte Schwerpunkte in folgenden Bereichen:

1. Strategien und Umsetzungsmodelle
2. Mobilität
3. Wohnen
4. Konsum

³ Die Energieperspektive 2035 – Band 1 bis 4, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und Bundesamt für Energie (BFE), Januar 2007

Dem Stadtrat ging es im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Nachhaltige Stadt Zürich - auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» darum, mit grundlegenden Entscheiden und ersten Massnahmen eine Entwicklung hin zu diesen langfristigen Zielen in Gang zu setzen. In der Volksabstimmung vom 30. November 2008 haben die Stimmberechtigten der Stadt Zürich eine Änderung der Gemeindeordnung beschlossen, welche die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft zum Ziel hat.

In der Stadt Zürich wurden inzwischen rund 80 Projekte departementsübergreifend und teilweise mit Beteiligung externer Partner aus der Wirtschaft, Forschung und Bildung oder von Behörden und Verbänden bearbeitet. Folgende, gekürzte Version des Internetauftritts⁴ soll einen Überblick über Projekte und Kosten geben:

Bereitstellung von Grundlagen

In Zusammenarbeit mit den massgeblichen energiepolitischen Akteuren der Schweiz wurden die wichtigsten methodischen Eckpunkte des 2000-Watt-Konzepts festgelegt und so für die Praxis nutzbar gemacht. Weiter wurden verschiedene Szenarien für den Energieverbrauch und die Energieversorgung der Stadt Zürich für das Jahr 2050 erarbeitet, inklusive einer zukünftigen Stromversorgung ohne neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen. Als Hilfe für Entscheide im Hinblick auf die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft wurden Instrumente zur Beurteilung von Energieträgern, Energienutzungstechnologien sowie Energieversorgungsszenarien erarbeitet.

Nachfolgend nur stichwortartig die seitens der Stadt Zürich getroffenen Massnahmen für die Zielerreichung der 2000-Watt-Gesellschaft.

Energieeffizienz und erneuerbare Energien:

- Beratung und Begleitung für Planende und Bauende (Energie-Coaching⁵).
- Energieberatung für Private und Wirtschaft.
- Ausbau „Energiedienstleistungen ewz“ mittels eines Kredits von 180 Mio. Franken.
- Vorantreiben der Ökologisierung der Stromversorgung.
- Verbreitung des ewz-Effizienzbonus⁶ bei energieeffizienten Unternehmen.
- Förderbeiträge aus dem Stromsparfonds zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen (u.a. Solaranlagen und Wärmepumpen).
- Die massive Steigerung der Produktion erneuerbarer Energien wurde mit zwei Rahmenkrediten von total 220 Mio. Franken zum Ausbau der Windenergie, einem Kredit für eine hydrothermale Probebohrung zur Nutzung der Erdwärme, dem Bau einer Brennstoffzellen-Pilotanlage und der Planung eines Holzheizkraftwerks angestossen.

⁴ http://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/politik_der_stadt_zuerich/legislatorschwerpunkte/2000-watt-gesellschaft.html

⁵ <http://www.stadt-zuerich.ch/energie-coaching>

⁶ http://www.stadt-zuerich.ch/ewz/de/index/energie/energieberatung/geschaeftskundenberatung/ewz_effizienzbonus.html

Bauten:

- Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft für den Gebäudebereich wurden konkretisiert und Grundlagen für die Umsetzung im Immobilienmanagement und bei Bauprojekten erarbeitet.
- Leuchtturmprojekte bei Neubauten und Instandsetzungen werden realisiert (z.B. Stadtpital Triemli, Schulhaus Milchbuck).
- Der Gebäudestandard für nachhaltiges Bauen wurde verschärft (7-Meilen-Schritte zum umwelt- und energierechten Bauen⁷).
- Der Energieverbrauch kann mittels Gebäudeausweis⁸ transparent gemacht werden.
- Erarbeitung einer Strategie der langfristigen energetischen Entwicklung und der Stoffflüsse des Gebäudeparks in der Stadt⁹.
- Neue Erkenntnisse zu den Lebenszykluskosten und zu neuen Technologien für die 2000-Watt-kompatible Lüftung und Wärmedämmung wurden entwickelt und getestet.
- Neu stehen für Energieeffizienzmassnahmen und erneuerbare Energien der städtischen Bauten im Verwaltungs- und Finanzvermögen Rahmenkredite von 18 bzw. 10 Mio. Franken zur Verfügung.

Mobilität:

- Die städtische Mobilitätsstrategie¹⁰ wird konsequent umgesetzt.
- Eine Teilstrategie zur Elektromobilität ist in Erarbeitung¹¹.
- Der öffentliche Verkehr wird gemäss der VBZ-Netzentwicklungsstudie 2025¹² ausgebaut.
- Strassenneubauten werden mit entlastungssichernden flankierenden Massnahmen begleitet.
- Das Fuss- und Velowegnetz wird kontinuierlich verbessert.
- Die Fussgängerbereiche in der Innenstadt werden erweitert und die Stadträume in den Quartierzentren aufgewertet.
- Vorbereitungen für ein automatisches Veloverleihsystem sind im Gange.
- Für die verkehrlichen Anforderungen an 2000-Watt-kompatible Bauprojekte wurde ein Leitfaden entwickelt und in einer Studie «Zürichs Verkehr 2050»¹³ wurden erste qualitative Aussagen zum zukünftigen Stadtverkehr gemacht.
- Zur Sensibilisierung der Bevölkerung findet alljährlich die Aktion «Zürich Multimobil»¹⁴ statt.

⁷ [http://www.stadt-](http://www.stadt-zue-)

[zue-](http://www.stadt-zue-)

[rich.ch/content/dam/stzh/hbd/Deutsch/Hochbau/Weitere%20Dokumente/Nachhaltiges_Bauen/3_Fachinformationen/01%20Nachhaltigkeit/Fallstudie%20ICLEI%207-Meilenschritte.pdf](http://www.stadt-zue-)

⁸ www.GEAK.ch

⁹ <http://www.stadt->

[zuerich.ch/content/dam/stzh/hbd/Deutsch/Hochbau/Weitere%20Dokumente/Stand_der_Dinge_2000-Watt-Gesellschaft/Ressourcenstrategie.pdf](http://www.stadt-)

¹⁰ <http://www.stadt-zuerich.ch/ted/de/index/taz/mobilitaet/mobilitaetsstrategie.html#>

¹¹ <http://www.stadt->

[zue-](http://www.stadt-)

[rich.ch/content/dam/stzh/ted/Deutsch/taz/Fachunterlagen/Publikationen_und_Broschueren/Verkehr/Mobilitaetsstrategie/Teilstrategien/teilstrategie_elektromobilitaet/TS_Elektromobilitaet.pdf](http://www.stadt-)

¹² http://www.vbz.ch/vbz_opencms/opencms/vbz/deutsch/Aktuell/Liniennetz_2025/

¹³ <http://www.stadt->

[zü-](http://www.stadt-)

[rich.ch/content/dam/stzh/ted/Deutsch/taz/Mobilitaet/Publikationen_und_Broschueren/Mobilitaetsstrategie/Zukunft_2050/verkehr2050_Internetversion.pdf](http://www.stadt-)

Information, Sensibilisierung, Aktionen und Anreize

Neben der Erarbeitung von Grundlagen über die Zusammenhänge von Umweltbelastung und Gesundheit fanden verschiedene Aktionen zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung statt, beispielsweise die jährlichen Umwelttage¹⁵ oder die Aktion «Sportlich zum Sport»¹⁶. Zudem wurden zwei Plakataktionen mit einfach zu realisierenden Energiespartipps durchgeführt. Informationen und Tipps sind auch auf der städtischen Website¹⁷ zu finden, auf welcher zudem mittels eines einfachen Energiespiels der persönliche jährliche Energieverbrauch ermittelt werden kann. Ebenfalls aufgeschaltet ist der eigens entwickelte Energierechner¹⁸, mit welchem ein breites Publikum für den eigenen Energiekonsum und Einsparmöglichkeiten sensibilisiert wird.

Die Stadt Zürich als Vorbild

- Im Rahmen der städtischen Beschaffungen wurden verschärfte Umweltstandards formuliert und in verschiedenen Bereichen umgesetzt (Berufskleider, Reinigungsmittel, Lebensmittel, Fahrzeuge, IT, Papier). Mit dem Masterplan Umwelt¹⁹ ist zudem ein Instrument geschaffen worden, welches eine kontinuierliche und umfassende Umsetzung der Umweltschutzmassnahmen in der Stadtverwaltung sicherstellt.
- Ebenfalls wurde ein Allianzen- und Partnermanagement aufgebaut, um gemeinsam mehr Breiten- und Tiefenwirkung zu erzielen und strategische Partnerschaften zu entwickeln und zu pflegen. Mit dem Öko-Kompass²⁰, einem Beratungsangebot für Zürcher KMU, wurde ein Instrument geschaffen, welches die KMU bei der Analyse und Umsetzung von betriebsinternen Umweltschutzmassnahmen gezielt unterstützt.
- Am 10. Februar 2010 hat der Zürcher Stadtrat einen Forschungskredit mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Budget von 1 Mio. Franken pro Jahr beschlossen²¹. Das Projekt mit dem Titel „Wir leben 2000 Watt - Mehr Energieeffizienz im Zürcher Alltag“ stellt die notwendigen Ressourcen für die Schaffung eines Forschungsschwerpunkts für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien bereit.
- Laut Vision des stadtzürcherischen Hochbaudepartements soll die 2000-Watt-Gesellschaft bis ins Jahr 2150 erreicht werden²².

¹⁴ www.multimobil.ch

¹⁵ http://www.stadt-zuerich.ch/content/gud/de/index/umwelt/umweltbildung_events/zuercher_umwelttage.html

¹⁶ <http://www.stadt->

zue-

rich.ch/content/dam/stzh/gud/Deutsch/Ueber%20das%20Departement/Publikationen%20und%20Broschueren/SpZSp_einzelne.pdf

¹⁷ <http://www.stadt-zuerich.ch/energiespiel>

¹⁸ <http://www.stadt-zuerich.ch/energierechner>

¹⁹ <http://www.stadt->

zue-

rich.ch/content/dam/stzh/gud/Deutsch/Umwelt/Umweltpolitik/Publikationen%20und%20Broschueren/Masterplan.pdf

²⁰ http://www.stadt-zuerich.ch/gud/de/index/umwelt/umweltpolitik/oeko_kompass.html

²¹ <http://www.stadt->

zue-

rich.ch/content/dam/stzh/portal/Deutsch/Stadtrat%20%26%20Stadtpraesident/Publikationen%20und%20Broschueren/Stadtratsbeschluesse/2010/Feb/StZH_StRB_2010_0257.pdf

²² <http://www.stadt-zuerich.ch/hbd/de/index/hochbau/standderdinge/zweitausendwattgesellschaft.html>

Umsetzbarkeit und Kostenfolgen der Motionsforderungen

Wie schon im Prüfungsbericht auf das Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1): Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft festgehalten, kann nicht davon ausgegangen werden, dass das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft auf der Basis reiner Freiwilligkeit erreicht werden kann. Gleichzeitig ist es aber weder aus rechtlicher Sicht (bspw. eine zwingend notwendige Lenkungsabgabe auf fossilen Energieträgern, Flugverbot, Sanierungspflicht für alle Liegenschaften, Anschlusspflicht, liberalisierter Strommarkt, etc.) noch aus ökonomischer Sicht (bspw. Standortnachteil für die Wirtschaft, Energietourismus) möglich, in der Systemgrenze einer Gemeinde die 2000-Watt-Gesellschaft zu verwirklichen.

Beim Verfolgen des Ziels der 2000-Watt-Gesellschaft darf nicht vergessen werden, dass es sich beim Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft um einen globalen Ansatz handelt. Die lokale Umsetzung scheitert ebenfalls daran, dass es sich bei einer Gemeinde um ein offenes System handelt - somit die Umsetzung gar nicht kontrolliert werden kann.

Grundsätzlich bettet sich die Motion jedoch sehr gut in die Ziele der Gemeinde Bern ein, wie sie in der Strategie 2020 des Gemeinderats und den Legislaturzielen 2009 bis 2013 formuliert sind. Allerdings handelt es sich bei der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft um einen Zeithorizont, welcher deutlich länger ist. Die bisher von der Gemeinde Bern bereits umgesetzten Schritte Richtung einer nachhaltigen Energiepolitik, die auf den Einsatz von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zielen, lassen sich denn auch sehr gut in das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft integrieren.

Zu den einzelnen Motionsforderungen

Zu Punkt 1:

Dieser Punkt der Motion entspricht den Zielen der städtischen Energiepolitik, wie sie in den Legislaturrichtlinien und der Strategie 2020 formuliert sind. Die 2000-Watt-Gesellschaft kann im Sinne einer Vision in die Gemeindeordnung aufgenommen werden, es muss jedoch betont werden, dass mit der Verankerung in der Gemeindeordnung die Zielerreichung weder gewährleistet noch kontrolliert werden kann. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung darauf hin zu arbeiten, dass andere Schweizer Städte und Regionen sich dieser Vision anschliessen.

Zu Punkt 2:

Die Unterbreitung einer entsprechenden Vorlage, welche die konkrete Umsetzbarkeit dieses Ziels und die dazu notwendigen politischen Entscheide aufzeigt, bedarf einer umfassenden Vorabklärung, inklusive einer detaillierten Machbarkeitsstudie für Bern. Dieser Schritt muss in enger Zusammenarbeit mit der Forschung (ETH, Universität Bern) erfolgen, und beinhaltet einen Zeithorizont von mehreren Jahren. Die dazu benötigten Ressourcen sind vorwiegend personeller Natur, da die geforderten Abklärungen und die Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen zeitintensiv sind und ein entsprechendes Informationsnetzwerk aufgebaut werden muss.

Zu Punkt 3:

Wie am Beispiel der Stadt Zürich aufgezeigt beträgt der Planungshorizont zur Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft etwa 140 Jahre. Diese Zeitspanne kann realistischweise weder finanziell noch personell geplant werden. Das Beispiel Zürich zeigt allerdings auch auf, dass allein in den ersten zehn Jahren der Umsetzung mit Kosten von mehreren hundert Millionen Franken und dem Einbezug unzähliger Personen aus Verwaltung, Forschung, Wirtschaft und Dienstleistung zu rechnen ist. Für die Ausarbeitung der geforderten Kreditvorlage sind inten-

sive Vorarbeiten notwendig, welche interne wie auch externe Ressourcen erforderlich machen. Es sind insbesondere folgende Arbeitsschritte notwendig:

- Zusammenarbeit und Wissensaustausch mit Städten im In- und Ausland, welche an ähnlichen Zielsetzungen arbeiten.
- Zusammenarbeit und Wissensaustausch mit den europäischen Energiestädten, insbesondere mit solchen, die mit dem Gold-Label zertifiziert sind.
- Zusammenarbeit mit der Forschung bezüglich der Fragestellung der Systemgrenzen zur Umsetzbarkeit der 2000-Watt-Gesellschaft.
- Erarbeitung einer Grobstrategie zum weiteren Vorgehen.
- Erstellen eines etappierten Vorgehenskonzepts inklusive umsetzbarer und kontrollierbarer Etappenziele.
- Zusammenarbeit mit Forschung, Verwaltung und Finanzexperten zur realistischen Kostenabschätzung.
- Erstellen eines ausführlichen, nachvollziehbaren Schlussberichts unter Beizug von diversen Experten, vor allem aus dem Energiesektor.
- Erstellen eines Indikatorenpakets zur Kontrolle der Zielerreichungen.

Zu Punkt 4:

Bei den unter Punkt 4 erwähnten Modellen zur Zusammenarbeit handelt es sich um zwingende Bestandteile für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft. Die geforderte engere Zusammenarbeit und der Aufbau und die Pflege derselben sind ebenfalls mit personellen und finanziellen Ressourcen verbunden.

Fazit

Die vorgängigen Darlegungen zeigen auf, dass die Umsetzung der Motion mit hochkomplexen Fragestellungen und langfristigen, kosten- und personalintensiven Umsetzungsprozessen einhergeht. In Anbetracht der momentan schwierigen finanziellen Situation der Stadt Bern vertritt der Gemeinderat der Stadt Bern die Ansicht, dass weitergehende Abklärungen notwendig sind, um die Grundlagen für eine saubere Beantwortung der angesprochenen Fragen zu erarbeiten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Soll den Motionsforderungen nachgekommen werden, ist bereits für die entsprechenden Vorarbeiten mit Personalkosten und zeitintensiven Arbeiten zu rechnen. Obwohl eine Volksabstimmung für die Änderung der Gemeindeordnung relativ rasch umgesetzt werden könnte, wären für die geforderten Folgeschritte mit Kosten von ungefähr einer halben Million Franken zu rechnen (ohne entsprechende Massnahmen). Weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen sind im Amt für Umweltschutz hierfür vorhanden und müssten durch den Stadtrat, da in dessen Zuständigkeit, bewilligt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 28. April 2010

Der Gemeinderat